

BERLIN – INTERN

## DER INFOBRIEF



Landesgruppe Brandenburg  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

### Mitglieder:

Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender)  
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)  
Uwe Feiler, MdB  
Hans-Georg von der Marwitz, MdB  
Martin Patzelt, MdB  
Jana Schimke, MdB  
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB  
Sebastian Steineke, MdB  
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Nr. 26 / 2019 (05. Juli 2019)

### Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Vorsitzenden
2. Arbeitsmarkt im Juni - Gute Entwicklung setzt sich fort
3. Finnland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft - Für ein nachhaltiges Europa
4. Wohngeld- und Mietenbericht 2018
5. Mitglieder der Kommission "Fluchtursachen" berufen
6. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

diese Woche stand ganz im Zeichen der europäischen Politik. Am 01. Juli übernahm Finnland die EU-Ratspräsidentschaft und am 2. Juli fand die konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg statt. Medial überlagert wurde sie durch die Diskussion über die Besetzung der Spitzenpositionen in Brüssel bzw. Straßburg.

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich darauf geeinigt, daß Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen Präsidentin der Europäischen Kommission werden soll. Ursula von der Leyen muss noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden - sie wäre die erste Frau an der Spitze der EU-Kommission.

Neben der Nominierung von der Leyens als EU-Kommissionspräsidentin wurde der belgische Regierungschef Charles Michel zum künftigen EU-Ratspräsidenten gewählt. Als EU-Außenbeauftragten nominierten die Staats- und Regierungschefs den spanischen Außenminister Josep Borrell. Die Chefin des Internationalen Währungsfonds Christine Lagarde aus Frankreich soll Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) werden.

Ihr

Michael Stübgen, MdB  
Landesgruppenvorsitzender

## 2. Arbeitsmarkt im Juni - Gute Entwicklung setzt sich fort

Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Mai weiter gestiegen - auf insgesamt 45,28 Millionen. Die Arbeitslosigkeit hingegen sank im Juni auf 2,22 Millionen Menschen.

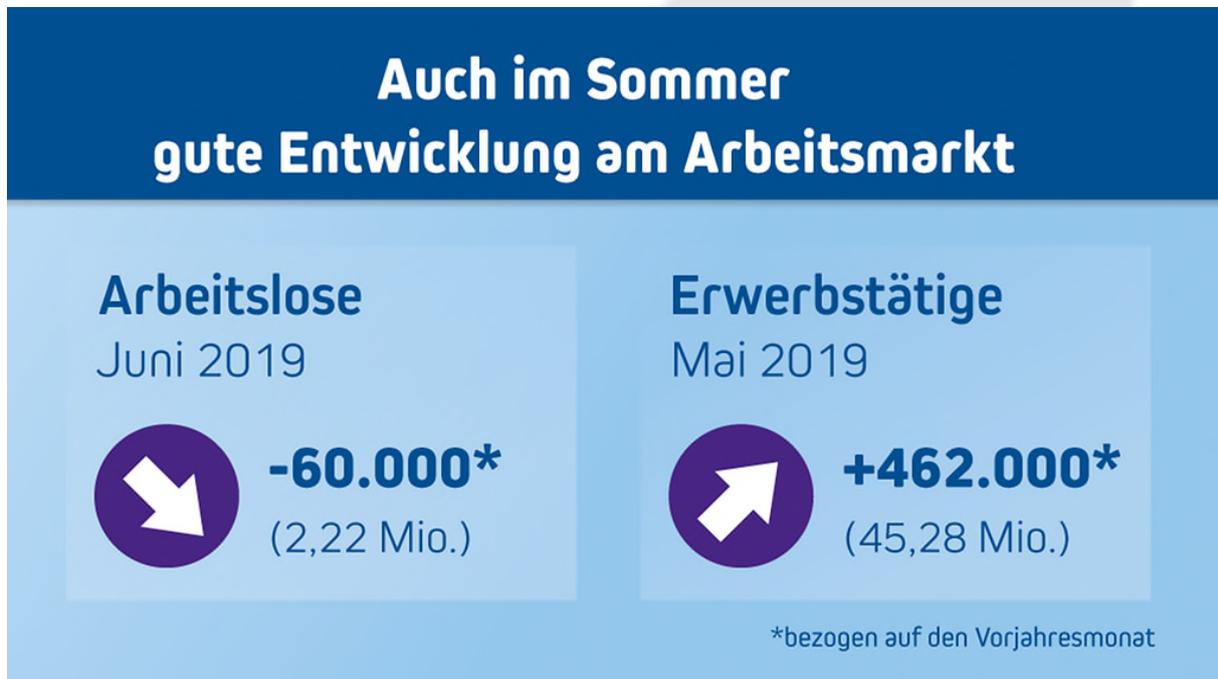


Foto: Bundesregierung

Sowohl die steigende Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten als auch die stetig sinkende Zahl der Langzeitarbeitslosen seien positiv zu bewerten, erklärte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bei der Vorstellung der Arbeitsmarktzahlen. "Der Arbeitsmarkt zeigt sich auch in diesem Monat von seiner robusten Seite, auch wenn sich die nachlassende konjunkturelle Entwicklung bemerkbar macht", sagte er.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Mai 21.000 Menschen mehr erwerbstätig als im Vormonat. Im Vergleich zum Mai vor einem Jahr stieg die Zahl um 462.000 - auf nun insgesamt 45,28 Millionen.

Der Grund für die weiter steigende Erwerbstätigkeit ist der Zuwachs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl laut Bundesagentur für Arbeit (BA) um 595.000 auf insgesamt 33,38 Millionen.

Die Arbeitslosenquote bleibt auch im Juni stabil bei 4,9 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ging wegen der schwächeren Konjunktur nur leicht zurück. Gegenüber dem April sank die Zahl der Arbeitslosen um 20.000 auf 2,22 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahr sank sie um 60.000.

Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern bewegt sich auf hohem Niveau, wird aber merklich schwächer. Im Juni waren bei der BA 798.000 unbesetzte Arbeitsstellen gemeldet, 8.000 weniger als im Vorjahr. Saisonbereinigt verringerte sich der Bestand der bei der BA gemeldeten Arbeitsstellen um 4.000 Stellen. Fachkräfte werden auch weiter stark nachgefragt, vor allem in technischen Berufen, in der Baubranche sowie den Gesundheits- und Pflegeberufen.

## 3. Finnland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft - Für ein nachhaltiges Europa

Am 1. Juli 2019 übernimmt Finnland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Wichtige Ziele sind eine ehrgeizige Klimapolitik, ein nachhaltiges Wachstum und ein stärkeres Europa. Das Besondere:

Finnland will bei der Durchführung seiner Ratspräsidentschaft einen möglichst kleinen ökologischen Fußabdruck hinterlassen.

Es gehe Finnland um soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit, erklärte Ministerpräsident Antti Rinne kurz vor der Übernahme der Ratspräsidentschaft in Helsinki. Ein besonderer Fokus gelte dabei dem Klimaschutz. Das beinhalte, dass sich die EU zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichte. Bis Ende des Jahres solle ein Konsens zu zentralen Elementen dieses Plans im EU-Rat gefunden werden.

Folgende Themen stehen im Vordergrund des finnischen Vorsitzes:

- die Stärkung der gemeinsamen Werte und des Rechtsstaatlichkeitsprinzips,
  - eine wettbewerbsfähige und sozial inklusive Union,
  - die Stärkung der EU als Vorkämpferin für den Klimaschutz,
- und die Gewährleistung umfassender Sicherheit für alle Europäerinnen und Europäer.

Besonders wichtig ist dem finnischen Vorsitz, bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 weiter voranzukommen. Die Beratungen waren unter österreichischer Ratspräsidentschaft begonnen worden. Weiter stehen auf der Agenda die Themen Migration, die Gemeinsame Strukturierte Verteidigungspolitik, der Binnenmarkt und Handel.

Seit seinem EU-Beitritt 1995 hat Finnland den Vorsitz zum dritten Mal inne. Die finnische Präsidentschaft steht an zweiter Stelle einer Triopräsidentschaft mit Rumänien und Kroatien. Das heißt: Sie übernimmt den Vorsitz von Rumänien und übergibt ihn an Kroatien. Die drei Staaten arbeiten eng zusammen. Im Vorfeld haben sie ein gemeinsames Programm erarbeitet, mit dem sich der Rat in den betreffenden 18 Monaten befasst.

In die Zeit der finnischen Präsidentschaft fallen wichtige Entscheidungen: die Neubesetzung der EU-Spitzenposten nach den Europawahlen und der mögliche Austritt Großbritanniens aus der EU.

Finnland ist außerdem das erste Vorsitzland, das die neue Strategische Agenda der EU für 2019–2024 umsetzen wird. Diese hatte der Europäische Rat im Juni angenommen. Sie legt die inhaltlichen Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre fest und dient als Richtschnur für die Arbeit der EU.

Zusätzlich hat sich Finnland zum Ziel gesetzt, einen möglichst kleinen ökologischen Fußabdruck während seiner Ratspräsidentschaft zu hinterlassen. Es wird daher keinen - wie sonst üblich - informellen Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs geben. Auch die Anzahl der informellen Ministerräte wird auf ein Minimum beschränkt.

Außerdem finden alle Treffen am selben Ort statt - in Helsinki. Normalerweise ist es üblich, dass die Tagungen in unterschiedlichen Städten des Landes stattfinden, das den Ratsvorsitz inne hat. Der Tagungsort in Helsinki ist zudem für alle Gäste bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad zu erreichen.

Auch wird es keine traditionell üblichen Sachgeschenke wie Kugelschreiber oder Taschen geben. Die dafür reservierten Gelder werden als Ausgleich für die Flugemissionen der Tagungsgäste verwendet. Um den Plastikverbrauch zu minimieren, gibt es für die Tagungsgäste statt abgefülltem Wasser nur reines finnisches Leitungswasser und saisonale finnische Biokost aus der Region.

Der Vorsitz im Rat wird von den EU-Mitgliedstaaten im Turnus wahrgenommen und wechselt alle sechs Monate. Während dieser sechs Monate leitet das vorsitzende Land die Sitzungen und Tagungen auf allen Ebenen des Rates. Er ist dafür verantwortlich, die Beratungen des Rates über EU-Rechtsvorschriften voranzubringen und für die Kontinuität der Agenda der EU und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu sorgen.

#### **4. Wohngeld- und Mietenbericht 2018**

##### Fortschritte beim Wohnungsbau

2017 lag die Bautätigkeit um 80 Prozent höher als noch 2009. Dadurch konnten 285.000 Wohnungen fertig gestellt werden. Trotzdem bleibt die Wohnraumsituation angespannt. Das zeigt der aktuelle Wohngeld- und Mietenbericht, den das Kabinett nun beschlossen hat.

Die Situation am deutschen Wohnungsmarkt ist regional sehr unterschiedlich: Wohnungsengpässe, steigende Mieten und Preise in den wachsenden Regionen und Städten stehen Wohnungsleerständen und stagnierenden Mieten und Immobilienpreisen in ländlichen oder strukturschwachen Regionen gegenüber.

##### Wohnraum soll bezahlbar bleiben

Die Mieten für Wohnungen sind im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 bundesweit um jährlich fünf Prozent gestiegen. In den Innenstädten der großen Metropolen lag der Zuwachs bei rund sechs Prozent.

Die durchschnittliche Bruttokaltmiete betrug 2017 im Bestand 7,36 Euro je Quadratmeter und Monat. Bezogen auf eine durchschnittliche Wohnfläche von 70 Quadratmetern entspricht dies einer Bruttokaltmiete von knapp 515 Euro im Monat.

Um die Wohnraumsituation zu entspannen und der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden, sollen mehr Wohnungen entstehen. Deshalb haben Bund, Länder und Kommunen beim Wohngipfel am 21. September 2018 eine Wohnraumoffensive verabschiedet. Diese sieht die Schaffung von 1,5 Millionen neuen Wohnungen bis 2021 vor.

##### Wohngeldreform für Januar 2020 geplant

Im Jahr 2017 unterstützte der Bund rund 4,4 Millionen Haushalte mit 17,5 Milliarden Euro durch Wohngeld oder Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung. Dadurch konnten elf Prozent aller Haushalte von einer vollständigen oder teilweisen Entlastung bei den Wohnkosten profitieren.

Um Mieter mit niedrigem Einkommen noch besser zu entlasten, ist für den 1. Januar 2020 eine Reform des Wohngeldes geplant. Diese wird insgesamt 660.000 Haushalte betreffen, darunter rund 180.000 Haushalte, die einen erstmaligen oder erneuten Anspruch auf Wohngeld erhalten. Von diesen werden rund 25.000 Haushalte von der Grundsicherung für Arbeitsuchende oder der Sozialhilfe in den Bezug von Wohngeld wechseln.

Mit dem Wohngeld- und Mietenbericht 2018 erfüllt die Bundesregierung die Vorgabe aus § 39 des Wohngeldgesetzes (WoGG), dem Bundestag alle zwei Jahre über die Durchführung des Wohngeldgesetzes zu berichten. Der Bericht enthält Aussagen über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum sowie über die Höchstbeträge für Miete und Belastung, die Mietenstufen und die Höhe des Wohngelds.

#### **5. Mitglieder der Kommission "Fluchtursachen" berufen**

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch die Berufung der Mitglieder der Fachkommission "Fluchtursachen" beschlossen. Sie soll die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration identifizieren. Die Bundesregierung setzt damit einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um.

Die Kommission wird die wesentlichen Ursachen von Flucht und irregulärer Migration definieren und Vorschläge für eine Minderung der Fluchtursachen erarbeiten. Bis Ende 2020 wird sie der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag einen Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen vorlegen.

Der Bericht soll die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Ursachen von Flucht und irregulärer Migration in den Herkunftsländern beschreiben. Auch die Rahmenbedingungen in den regionalen Aufnahme- sowie Transitländern wird er definieren.

Das Ziel ist, Vorschläge für das künftige Engagement der Bundesregierung und eine effektive Zusammenarbeit mit der EU und internationalen Organisationen vorzulegen.

Die Fachkommission wird unabhängig arbeiten und setzt sich aus renommierten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis zusammen. Die Vorsitzenden der Kommission sind Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, und Bärbel Dieckmann, ehemalige Präsidentin der Welthungerhilfe.

Über die Besetzung des 24-köpfigen Gremiums hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat entschieden.

## **6. Kurz notiert**

SOMMER-EVENT - Lichter-Show im Parlamentsviertel

Wer in den nächsten Wochen in Berlin ist, sollte sich einen Abend freihalten: Bis zum 3. Oktober verwandelt sich die Fassade des Bundestags allabendlich in eine Riesenleinwand.

Fühlt sich an wie Freiluft-Kino: Entspannt auf den Treppen am Spreeufer sitzen und sich die halbstündige Show anschauen, die auf fünf Projektionsflächen auf die Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses geworfen wird. Die größte davon ist übrigens 300 Quadratmeter groß!

„Dem deutschen Volke – Eine parlamentarische Spurensuche. Vom Reichstag zum Bundestag“. So heißt die Film- und Lichtprojektion, die noch bis zum Tag der Deutschen Einheit jeden Abend gezeigt wird. Darin wird die Geschichte des deutschen Parlaments erzählt. Los geht es in der Kaiserzeit Ende des 19. Jahrhunderts. Dann geht es über die Weimarer Republik weiter zum Dritten Reich, anschließend über die Teilung Deutschlands und die Wiedervereinigung bis in unsere Gegenwart.

Der Film zeichnet nach, wie das Reichstagsgebäude in den unterschiedlichen Epochen genutzt wurde. Wie es gebaut, zerstört und wiederaufgebaut wurde. Wie es von den Künstlern Christo und Jeanne-Claude verhüllt wurde. Und wie es dann umgebaut wurde, um ab 1999 wieder als Parlamentssitz zu dienen.

Die Show ist kostenlos. Sie dauert eine halbe Stunde und wird jeden Abend zwei Mal hintereinander gezeigt. Wann es los geht, variiert ein bisschen – je nach Sonnenuntergang:

Ab 24. Juni um 22.15 Uhr

Ab 15. Juli um 22 Uhr

Ab 29. Juli um 21.45 Uhr

Ab 12. August um 21.15 Uhr

Ab 26. August um 20.45 Uhr

Ab 9. September um 20.15 Uhr

Redaktion : Thorsten Mattick, Landesgruppenreferent